

„Ich bin schon etwas enttäuscht. Landesrätin Deeg verweist ständig auf den Landeshauptmann. So wie früher Anton Gaiser. Der musste auch immer fragen, was er sagen darf.“

Günther Patscheider (SGB/CISL)



7265 €

hat ein typischer Beschäftigter in Südtirols öffentlichem Dienst seit 2010 infolge der Nicht-Anpassung seines Lohnes an die Inflation eingebüßt. Dies hat das Arbeitsförderungsinstitut (AFI) errechnet.

Holpriger Start nach dürreren Jahren

ÖFFENTLICHER DIENST: Gewerkschaften drängen auf raschen Abschluss nach fünf Jahren Lohnstopp – Land bleibt Antworten schuldig

BOZEN (bv). Holpriger Neustart der Tarifverhandlungen für 35.600 Angestellte im öffentlichen Dienst: Nach fünf Jahren Gehaltsstopp, in denen sich die öffentlichen Arbeitgeber 386 Mio. Euro gespart haben, drängen die Gewerkschaften auf eine rasche wirtschaftliche Besserstellung mit im Schnitt 180 Euro mehr Lohn. Das Land kann aber noch nicht sagen, wie viel Geld es für die Vertragserneuerung bereitstellt.



Gewerkschaftsvertreter mit Landesrätin Waltraud Deeg an einem Tisch: Was für die öffentlich Bediensteten herauschaut, steht in den Sternen.



Lange Gesichter nach dem ersten Treffen zum bereichsübergreifenden Vertrag für 35.600 Angestellte bei Land, Gemeinden, Wohnbauinstitut, Bezirksgemeinschaften, Wohnbauinstitut, Sanität, Landtag und Verkehrsämtern. Auf dieses hatten die Gewerkschaften mit Hochdruck hingearbeitet, nachdem das Verfassungsgericht den 2010 verfügten Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst gekippt hatte.

Aufgrund einer AFI-Studie (siehe eigene Meldung), die den Kaufkraftverlust in diesen fünf Jahren mit 10,6 Prozent berechnet, hatten sie das Land im August aufgefordert, 52 Mio. Euro einzuplanen. Zählt man den Anteil der anderen öffentlichen Arbeitgeber dazu, so kommt man insgesamt auf 80 Mio. Euro.

Unter den Gewerkschaften wäre man sich sogar schon einig, wie das Geld verteilt werden

sollte. „Um geringer Verdienenden etwas mehr unter die Arme zu greifen“, so Günther Patscheider (SGB/CISL) und Andreas Dorigoni (ASGB), sollte die Sondergözungszulage um 80 Euro für alle angehoben werden. Mit dem Rest sollte das Grundgehalt um drei Prozent aufgestockt werden. Im Schnitt wären dies 180 Euro mehr pro Mitarbeiter.

„Allerdings haben wir in der Grundsatzfrage, wie viel das Land für den Vertrag bereitstellt, nichts Neues erfahren“, so Dorigoni. Einigte man sich früher erst auf einen Vertrag und stellte

dann die Mittel bereit, so läuft es jetzt laut neuem Personalgesetz umgekehrt. „Trotzdem kann uns die Landesrätin erst Ende Oktober etwas sagen, wenn man Näheres zum Haushalt weiß“, so Dorigoni. „Schon etwas enttäuscht“ ist Patscheider. „Deeg verweist ständig auf den Landeshauptmann. So wie einst Anton Gaiser. Der musste auch immer fragen, was er sagen darf.“

Allemaal drängen die Gewerkschaften auf einen schnellen Abschluss des wirtschaftlichen Teils. „Ziel wäre es, dass die ökonomischen Besserstellungen be-

reits mit Jänner greifen“, so Patscheider und Dorigoni. Danach könne man sich dem dienstrechtlichen Teil widmen. Das Land wolle mit dem wirtschaftlichen Teil indes auch einige dringende normative Punkte regeln. „Dann aber zieht sich die Sache in die Länge“, befürchten die Gewerkschaften unisono.

Landesrätin Waltraud Deeg war für die „Dolomiten“ trotz mehrerer Anfragen telefonisch nicht erreichbar. In einer Aussendung tat sie aber „ihre Freude“ darüber kund, dass „nach Jahren des Stillstandes wieder

Verhandlungen beginnen“. Dabei seien aber auch die Entwicklungen auf Staatsebene im Blick zu behalten. Prioritär sei die Übergangsregelung für Mitarbeitende mit befristeten Arbeitsverhältnissen. Zudem seien Wettbewerbe auszuschreiben, um jene Stellen, die in unbefristete verwandelt werden können, auch zu besetzen.

Was die Gewerkschaften gar nicht freuen dürfte: Laut Mitteilung des Landes werden die eigentlichen Verhandlungen erst im Herbst oder zu Beginn 2016 aufgenommen. © Alle Rechte vorbehalten



ÖFFENTLICHER DIENST

**Arbeitgeber seit 2010
386 Mio. Euro gespart**



BOZEN (bv). Durch den 2010 verhängten Gehaltsstopp im öffentlichen Dienst haben die Arbeitgeber beim Land, in den Gemeinden, Bezirksgemeinschaften, der Sanität, im Wohnbauinstitut, Landtag und in den Verkehrsämtern 386 Mio. Euro eingespart. Zu diesem Schluss kommt das Arbeitsförderungsinstitut (AFI). Seither sind die Ausgaben für die 36.500 Bediensteten in diesen Sektoren mit 1,575 Mrd. Euro weitgehend gleich geblieben. Allerdings haben die Angestellten stark an Kaufkraft eingebüßt: Von April 2010 bis Juni 2015 ist der Verbraucherpreisindex für Arbeiter und Angestellte um 10,6 Prozent gestiegen. – Nun hat das Verfassungsgericht eine Fortsetzung des Lohnstopps für unrechtmäßig erklärt. Rückwirkende Forderungen können nicht gestellt werden, trotzdem sollte der Kaufkraftverlust bei den Tarifverhandlungen berücksichtigt werden. Die Gewerkschaften fordern 80 Mio. Euro für den auf mehrere Jahre ausgerichteten Vertrag. Für einen völligen Ausgleich der Inflation wären laut AFI-Studie 167 Mio. Euro nötig. ®